



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/214

14. September 1950

Hinweis
auf den Inhalt:

Gefährliche Konzentration	S.1
-Zur Methodik Dr. Adenauers -	
Minderheitsfragen und dänische Wahlen	S.3
-Bericht aus Kopenhagen -	
<u>Material aus dem Urangebiet der Sowjetzone</u>	S.4
Deutscher Sozialreferent in Paris	S.6

Gefährliche Konzentration

P.-R. Nach dem Ende der gegenwärtigen Konferenzserie in New York wird auch die Deutschland-Politik der Westalliierten aller Voraussicht nach in einen neuen Abschnitt eintreten, unabhängig davon, wie stark die Vorzeichen dann verändert sind, unter denen sie künftig geführt werden soll. Die Ablehnung der deutschen Vorschläge zur Verringerung der Besatzungskosten und die weitere Mitteilung aus London, die Westmächte hätten die Aufhebung des Besatzungsstatutes auf unbestimmte Zeit verschoben, haben die ohnehin nicht hochgespannten Erwartungen abermals erheblich zurückgeschraubt. Die Bundesregierung aber wird mit jedem Schritt aus einer geringeren in eine grössere Selbständigkeit, ob er nun gross oder klein ist, ein erhöhtes Maß von Verantwortung zu tragen haben.

Unter diesen Umständen ist es besonders bedenklich, dass sich in letzter Zeit Anzeichen für eine verstärkte Neigung des Bundeskanzlers bemerkbar machen, alle wichtigen Dinge selbst zu erledigen. Schon im Februar dieses Jahres schrieb, woran man sich heute erinnern sollte, die "Neue Zürcher Zeitung" unter der Überschrift 'Adenauers Politik der einsamen Entschlüsse': "Adenauer kann sich schwer entschliessen, Befugnisse an Mitarbeiter zu delegieren. Im Laufe der Zeit hat sich so etwas wie eine isolierende Schicht zwischen dem Kanzler und seinen Mitarbeitern gebildet.... Alle diese Zwischenfälle lassen sich mit der gemeinsamen Ursache eines unge-

nügenden Kontaktes zwischen dem Kanzler und seinen Ministern oder zwischen der Regierung und dem Parlament erklären."

Man weiss, dass die "NZZ" der Politik des Bundeskanzlers sehr wohlwollend gegenübersteht und so war ihre Kritik an den Gepflogenheiten Dr. Adenauers in sehr höfliche und vorsichtige Worte gekleidet. Hier in Deutschland steht man den Dingen näher, hier wirken sich auch in erster Linie die Folgen dieser besonders ausgeprägten Neigung des Bundeskanzlers aus und deshalb hat man schliesslich hier auch ein Recht zu deutlicherer Kritik.

Nach seiner Rückkehr aus der Schweiz hat der Bundeskanzler wiederholt zu erkennen gegeben, dass er zu seinem Verzicht auf diese Art, Politik zu machen, nicht gewillt sei. Dabei soll in diesem Zusammenhang gar nicht von dem Verhältnis des Bundeskanzlers zur Opposition gesprochen werden, das, aufs ganze gesehen, besser geworden ist. Hier handelt es sich vor allem um die Auswahl seiner Mitarbeiter und die Homogenität der Regierung. Der Bundeskanzler kann sich selbstverständlich auch nicht auf den Standpunkt stellen, das sei seine höchst eigene Angelegenheit, in die man sich nicht einzumischen habe; er kann es deshalb nicht, weil die Folgen nicht nur seiner politischen Entschlüsse, sondern vor allem auch der Art, wie sie zustandekommen, das ganze Volk zu tragen hat.

Dr. Adenauer hat offenbar die Absicht, ein künftiges Aussenministerium selbst zu leiten und er denkt auch daran, die direkte und persönliche Verantwortung für die innerdeutsche Sicherheit zu übernehmen, was zu dem Konflikt mit dem Innenminister Dr. Heinemann geführt hat. Man braucht nicht zu Übertreibungen zu neigen, wenn man diese Konzentration der Befugnisse des schon nach dem Grundgesetz sehr starken Bundeskanzleramtes mit denen des Aussenministers und eines Sicherheits- und Verteidigungsministers für äusserst gefährlich und undemokratisch hält.

Erschwerend kommt die weitere Neigung des Bundeskanzlers hinzu, sich mit "jungen Männern" zu umgeben, deren Anpassungsfähigkeit und Sinn für Subordination ganz natürlicherweise einem Manne wie Adenauer gegenüber sehr viel stärker ausgeprägt sind, als das Bedürfnis nach Selbständigkeit. Wie gesagt - das alles sind sehr bedenkliche Erscheinungen, die sich auf die gesunde Politik äusserst schädlich auswirken können. Ein Prinzip und ein System wird hier gefördert, das geeignet ist, von vornherein eine gesunde demokratische Entwicklung zu hemmen.

Minderheitsfragen und dänische Wahlen

Dr.-a Kopenhagen, im September

"Die Frage Südschleswig hat beim (dänischen) Wahlkampf keine Rolle gespielt, und die kleine Propagandanummer, die konservative Blätter am Wahltag arrangierten, hat kaum irgend welchen Einfluss auf den Ausfall der Wahl gehabt. Ganz andere Probleme standen auf der Tagesordnung", konstatiert das grosse dänische Blatt "Politiken" in einem Leitartikel nach der Wahl.

Diese Beurteilung ist richtig: Die dänischen Folketingwahlen haben zwar auf wirtschafts- und innenpolitischem Gebiet nicht die erhoffte Klärung gebracht, wohl aber bestätigt, dass das Schicksal der dänischen Minderheit in Südschleswig zwar allen dänischen Kreisen am Herzen liegt, aber dass für eine überspitzte Diskussion und Lösung dieses Problems kein Nährboden in der Majorität des dänischen Volkes vorhanden ist. Auch rein mandatsmässig haben die drei bürgerlichen Parteien, die sich mehr oder weniger ausgeprägt für eine aktivistische Südschleswig-Politik einsetzten (Konservative, die Agrarpartei "Venstre" und "Retsforbund") keine Majorität im Parlament erzielen können. Das Verdienst für diese Entgiftung der dänisch-deutschen Minderheitendiskussion gebührt fraglos in besonderem Masse dem dänischen Ministerpräsidenten Hedtoft und dem früheren schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Diekmann, deren Politik das "Kieler Abkommen" ermöglichte. Während man seinerzeit im aktivistischen Lager den praktischen Wert dieses Abkommens zwischen der schleswig-holsteinischen Landesregierung und der dänischen Minderheit sehr skeptisch beurteilte, konnte man jetzt nach dem Sturze Diekmanns in der aktivistischsten Zeitung Dänemarks lesen: "Die relative Sicherheit, die unter der Diekmann-Regierung bestand, wo man doch ehrlich versuchte, die Kieler Deklaration zu mehr als Worten zu machen, existiert nicht mehr".

Hingegen steht man dem neuen schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Dr. Bartram in allen politischen Kreisen Dänemarks mit grossem Vorbehalt gegenüber. Selbst in dänischen Blättern, die sich für eine vom Geiste der Verständigung und Gegenseitigkeit getragene Lösung des dänisch-deutschen Minderheitenproblems einsetzen, fehlte nicht der deutliche Hinweis auf Bartrams frühere Zugehörigkeit zur NSDAP.

Der Rückgang der deutschen Minderheitsstimmen in Nordschleswig von 7 464 bei der Folketingwahl im Jahre 1947 auf 6 407 bei dieser Wahl hat wohl sehr verständliche Gründe. Rund 2 000 Angehörige der deutschen

Minderheit waren seinerzeit wegen Zusammenarbeit mit der deutschen Besatzungsmacht verurteilt worden und wurden im Laufe dieses Jahres amnestiert. Ihre Amnestierung - und damit die Wiedererlangung des dänischen Wahlrechts - erfolgte jedoch erst, als die Wählerlisten bereits abgeschlossen waren. Bei Wegfall dieser 2 000 Stimmen war es für die deutsche Minderheit von vornherein ausgeschlossen, ein Folketingmandat zu erreichen, so dass eine Anzahl deutschgesinnter Wähler wahrscheinlich lieber für andere Parteien stimmten. Deshalb kann die Stimmenzahl der deutschen Minderheit in Nordschleswig bei dieser Wahl nicht als symptomatisch gewertet werden.

- - - - -

Die Zahl der Uran-Sklaven wächst

sp. Nach den neuesten Informationen des Ostbüros der SPD wird die Uranausbeute von den Sowjets in der Ostzone immer weiter ausgedehnt. Zur Zeit beschäftigt die sowjetische Wismuth-AG, die den Uranbergbau betreibt, 403.000 Arbeiter und Angestellte. Neue Fundstellen werden bei Wernigerode (Harz), in Ilmenau (Thüringen) und bei Görlitz ausgebeutet. Sowjetische und deutsche Geologen suchen systematisch mit modernsten Geräten weitere Gebiete ab, während die bereits bestehenden Schürfgebiete erweitert werden.

Organisatorisch ist die Wismuth-AG mit der Zentrale in Siegmarschönau bei Chemnitz in 33 Objekte aufgegliedert. Diese Objekte, deren jedes mit einer Nummer gekennzeichnet ist, stellen meist eine organisatorische Zusammenfassung mehrerer Schächte dar. Daneben tragen auch die Erzwäschereien, Transportbrigaden, Materiallager und dergleichen die Bezeichnung Objekt mit einer Nummer. Derzeit gibt es folgende Objekte:

	<u>Beschäftigte</u>
Zentrale Siegmarschönau	10.000
mit den Objekten 37, 39, 96, 97, 100	35.000
Objekt 1 und 10 (Johanngeorgenstadt)	65.000
2, 33, 35, 171 (Oberschlema)	18.000
3 (Schwarzenberg)	18.000
4 (Auerbach)	20.000
5 (Annaberg)	12.000
6 (Eibenstock)	20.000
7 (Annaberg)	17.000
8 (Oberschlema)	40.000
9, 16, 17, 36, 169 (Aue)	19.000
11 (Schwarzenberg)	48.000
12, 32, 99 (Aue/Schwarzenberg)	20.000
13 (Annaberg)	18.000
14 (Bärenstein/Johanngeorgenstadt)	23.000
15 (Freiberg)	3.000
27 (Wernigerode)	2.000
28 (Görlitz)	3.000
30 (Ilmenau/Thür.)	12.000
34 (Zwickau)	<u>403.000</u>

Das geförderte Uranerz, bei dem man drei verschiedene Sorten unterscheidet, wird in den Erzwäschereien und Aufbereitungsstellen gewaschen, gemahlen und gemischt. In ständigen Proben wird durch chemische Analyse der prozentuale Urangehalt festgestellt. Schliesslich wird das Erz in besonderen Verpackungsdepots in Eisenblechkanister gefüllt, die etwa 8 - 12 kg fassen und für den Transport in die Sowjetunion zugeschweisst werden.

In der kleinen Stadt Crossen an der Mulde, nördlich von Zwickau, soll in den Werksanlagen der Firma C.F. L e o n h a r d die grösste Erzwäscherei des Uranbergbaugesbietes eingerichtet werden. Hierzu werden 5.000 Arbeiter benötigt, die in Crossen und Umgebung untergebracht werden sollen.

Von der Wismuth-AG wird für Flurschäden bei Bodenuntersuchungen, bei der Anlage von Schächten und Schutthalden grundsätzlich keine Entschädigung gezahlt. Ebenso denkt die Leitung der Wismuth-AG nicht daran, aufgeworfene Gräben und dergleichen wieder einzuebnen, damit die Bauern ihr Land wieder bestellen können. Diese Arbeit bleibt den Bauern selbst überlassen. Trotz dieser Schäden müssen die Bauern nach wie vor ihr Ablieferungssoll erfüllen. Viele Neubauern, die ihr Land gänzlich verloren haben, sind jetzt gezwungen, mit ihrem Zugvieh Transportdienste für die Wismuth-AG zu leisten, um sich wenigstens damit etwas Geld zu verdienen.

Die gleiche Haltung zeigt die Wismuth-AG gegenüber den Arbeitern, die durch Unfall, radioaktive Strahlung oder Staublunge arbeitsunfähig wurden. Eine Knappschaftsrente, wie sie allgemein im Bergbau üblich ist, gibt es nicht. Die Invalidenarbeiter können nur die Sozialfürsorge in ihrem Heimatort in Anspruch nehmen, die aber nur den allgemeinen Wohlfahrtssatz von nicht mehr als 90 Mark zahlt. Es gibt bei der Wismuth-AG zwar eine Sozialversicherungskasse, die bei einer zeitweiligen Arbeitsbefreiung Zahlungen leistet und bei Invalidität durch Unfall für die Dauer bis zu sechs Monaten einen gewissen Betrag zahlt, aber nur dann, wenn der Betreffende den Unfall nicht selbst verschuldet hat. In den weit aus meisten Fällen wird aber die Schuld willkürlich den Arbeitern zugeschoben, damit die Pflicht zur Rentenzahlung umgangen werden kann.

14.9.1950

Deutscher Sozialreferent in Paris
-.-.-.-.-

A.F., Paris

Im Rahmen des deutschen Generalkonsulats in Paris hat Anfang September auch der erste Sozialreferent der Bundesrepublik im Ausland seine Tätigkeit aufgenommen. Es handelt sich hierbei um eine völlig neue Funktion, deren genaue Grenzen erst in den kommenden Wochen unter Berücksichtigung der ersten, praktischen Erfahrungen abgesteckt werden müssen. Der Sozialreferent gilt nicht als Vertreter des deutschen Arbeitsministeriums, sondern wurde auch von den zuständigen französischen Behörden als diplomatischer Beamter anerkannt.

An Aufgaben wird es dem deutschen Sozialreferenten in Paris nicht fehlen. In erster Reihe ist die soziale Betreuung der deutschen Arbeiter in Frankreich zu nennen, ebenso wie die mit der Anwendung des deutsch-französischen Sozialabkommens zusammenhängenden Fragen. Ausserdem beabsichtigt der Vertreter der Bundesrepublik, in seine soziale Fürsorge auch die aus der Emigration in Frankreich verbliebenen Deutschen einzubeziehen.

Erwähnenswert ist die freundliche Aufnahme, die der deutsche Sozialreferent sowohl bei den anderen ausländischen Sozialattachés in Paris sowie bei den Behörden und Gewerkschaften gefunden hat.

Was die Person betrifft, so handelt es sich um Harald von Waldheim, der seit 1926 Gewerkschafter ist, seit 1930 Bildungssekretär beim Z.d.A. war, dem Reichsbanner angehörte und von 1933 in Japan, den USA, der Schweiz, Frankreich und England als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter auf dem Gebiet der Sozial- und Gewerkschaftspolitik tätig war..

- - - - -

Verantwortlich: Peter Raunau